

PRESSEMELDUNG



Netzwerk Junge Bürgermeister*innen zum vorzeitigen Förderstopp für den Glasfaserausbau

„Graue Flecken – Der bundesweite Gigabitausbau für Städte und Gemeinden muss hohe Priorität haben!“

Berlin, 30. Oktober 2022

Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen fordert:

1. Das gestoppte Förderprogramm muss zeitnah wieder geöffnet werden
2. Eingereichte Anträge sind auf bestehender Fördergrundlage zu bescheiden
3. Vorbereitete Anträge müssen auch für 2023 und in den Folgejahren entsprechend der Fördervoraussetzungen weiterhin auf einer mindestens gleichwertigen prozentualen Förderkulisse gestellt werden können
4. Auch die Telekommunikationsunternehmen sind aufgerufen, sich beim privatwirtschaftlichen Glasfaserausbau mehr zu engagieren und nicht „Rosinenpickerei“ zu betreiben

Der Bedarf an schnellem Internet wächst in Deutschland rasant. Besonders in den ländlichen Räumen ist der **Nachholbedarf** enorm. Fehlende oder unzureichende Netzversorgung ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen arm und reich und bezogen auf den Netzausbau zwischen schnell und langsam **spalten die Gesellschaft**. Sie benachteiligen weite Teile der Bevölkerung. Bildungschancen, Wettbewerbsfähigkeit und Zukunft unserer Kommunen ist direkt abhängig von diesen modernen Strukturen. Hier liegt Deutschland mittlerweile mit großem Abstand hinter vergleichbaren Ländern zurück.

Das aktuelle **Bundesförderprogramm** zum Gigabitausbau ist ein **großer Erfolg**. Seine vorzeitige Beendigung wegen Deckelung aufgrund einer **verfehlten Bedarfsanalyse** führt besonders für Städte und Gemeinden zu enormen **Standortproblemen**. Wer glaubt hier Geld zu sparen, auf den wird in naher Zukunft ein Vielfaches an Kosten zu kommen, um gesellschaftlich, technologisch und wirtschaftlich auf Augenhöhe zu handeln. Für die ohnehin **überfällige Digitalisierung** vor allen ländlicher Gebiete, hat dieser Stopp fatale Folgen für Stadt und Land. Eine positive Entwicklung wird „aus dem Stand“ von 100 auf 0 gebremst.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie hat uns allen die enorme Bedeutung der Digitalisierung aufgezeigt. Innerhalb kürzester Zeit sind Home-Office und Videokonferenzen zum Alltag im Berufsleben geworden. Für Schülerinnen und Schüler ist der Zugang zum schnellen Internet als Erfolgsfaktor unabdingbar. Die Digitalisierung der Verwaltungsleistungen steht für unsere Städte und Gemeinden unmittelbar vor der Tür. Deutschland ist immer noch kein Glasfaserland, wie nationale und internationale Vergleiche zeigen. Wir hinken weiterhin deutlich hinterher – in Europa und in der Welt.

Als Netzwerk Junge Bürgermeister*innen der Bundesrepublik Deutschland stehen wir für mehr als 750 junge Kolleginnen und Kollegen in allen Teilen unseres Landes, insbesondere auch in Regionen abseits großer Ballungszentren und in der Fläche. Digitalisierung hat für uns als Teil der Daseinsvorsorge einen besonders hohen Stellenwert. Die an uns aus der Bürgerschaft gestellten Anforderungen zur Verbesserung der Breitbandversorgung steigen Jahr für Jahr.

In Städten und Gemeinden mit hoher Bevölkerungsdichte erfolgt der Glasfaserausbau bis ins Haus in aller Regel privatwirtschaftlich. Wir beobachten in der Vertretung der Interessen unseres Netzwerks für die Städte und Gemeinden im ländlichen Raum, dass sich Telekommunikationsunternehmen aufgrund vermeintlich fehlender Wirtschaftlichkeit aus der Verantwortung stellen. Die Kommunen sind deshalb selbst aktiv geworden und haben den Ausbau vorangetrieben.

Ohne finanzielle Unterstützung von Bund und Land gelingt dies nicht.

Die „Graue-Flecken-Förderung“ war und ist beispielhaft ein substanzieller Bestandteil in der Finanzierungsstruktur der Kommunen beim Breitbandausbau. Die starke Nutzung bestehender Fördertöpfe durch die Landkreise, Zweckverbände und Kommunen unterstreicht den Aufholbedarf hierbei.

Der Förderstopp des Bundes vor wenigen Tagen zeigt klar und deutlich, dass die 2022 knapp drei Milliarden Euro zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen. Die Überzeichnung verdeutlicht umso mehr, wie wichtig und dringlich der Glasfaserausbau in den Städten und Gemeinden in Deutschland ist. Viele unserer Bürgermeister*innen stellen sich die Frage, ob der Bundesregierung die Tragweite

dieser Entscheidung bewusst ist. Für die jetzt vom Förderstopp betroffenen Kommunen ist dies eine weitere nicht erwartete und letztlich nicht verkraftbare Hiobsbotschaft. Auch bei uns liegen viele Maßnahmen, teils mit jahrelangem Vorlauf geplant, als vorbereitete Anträge auf den Rathaus-Schreibtischen. Der Handlungsdruck ist enorm, die Finanzierungslücken in unseren Städten und Gemeinden millionenschwer. Eine zukunftsfähige Gigabit-Infrastruktur ist in vielerlei Hinsicht ein entscheidender Wettbewerbsvorteil in der Gemeindeentwicklung, nicht nur für unsere Unternehmen.

Wir sind uns sicher, dass der Bundesregierung und dem zuständigen Bundesministerium an der Herstellung von Chancengleichheit und gleichwertigen Lebensbedingungen in Stadt und Land gelegen ist, exakt so wie es im Koalitionsvertrag vereinbart ist.

Unser Netzwerk hat Sorge, dass 2023 ein Programm mit einem Volumen von drei Milliarden EUR weiter nur einen Teil des Bedarfs befriedigen kann und einen noch stärkeren kommunalen Verdrängungswettbewerb zur Konsequenz hat. Die jetzt getroffenen Entscheidungen führen zu Verzögerungen in der Praxis von bis zu 24 Monaten.

Zeit, die uns fehlt, um gleichwertige Lebensbedingungen sicherzustellen. Zeit, die uns in einer immer dynamischeren Welt fehlt, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Zeit, die uns fehlt, um unsere Städte und Gemeinden noch digitaler und noch zukunftsfähiger zu machen.

Die Städte und Gemeinden sind bereit den Glasfaserausbau weiterhin zu forcieren. Schaffen können wir dies nur gemeinsam.

Über das Netzwerk

Im September 2019 wurde in Bad Soden-Salmünster das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen als eigenständiges Netzwerk unter dem Dach des Innovators Club, der kommunalen Ideenschmiede des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, als loser Verband aus der Taufe gehoben. Unter „Junge Bürgermeister*innen“ verstehen wir alle, die bei ihrer letzten Wahl jünger als 40 Jahre alt waren. Um die Arbeit des stark wachsenden Netzwerks weiter zu professionalisieren erfolgte im Juni 2022 in Berlin die Gründung eines Vereins. Inzwischen umfasst der Verteiler fast 750 junge Bürgermeister*innen aus ganz Deutschland. Diese verbindet oft eine andere, junge Sicht auf die kommunalen Dinge.

Kontaktdaten:

Henning Witzel, Verbandsgeschäftsführer

Netzwerk Junge Bürgermeister*innen der Bundesrepublik Deutschland e.V.
Tel.: 030 7407 316-36 | Mobil: 0151 1802 4455
netzwerk@junge-buergermeisterInnen.de
www.junge-buergermeisterInnen.de